
Ralf Frassek
Juristenausbildung im Nationalsozialismus


I. Ausbildung, Politik und Privatrecht

Die heute in ganz Deutschland praktizierte Form der Juristenausbildung folgt im Wesentlichen immer noch dem im 19. Jahrhundert für Preußen entwickelten Modell. Diese Form der Juristenausbildung hat sich damit, trotz aller sie bis zum heutigen Tag begleitenden intensiven Reformdiskussionen, nicht nur als sehr erfolgreich, sondern auch als sehr beständig erwiesen. Größere Modifikationen der sonst eher an Be-

5 Einen knappen, treffenden Überblick gibt Hattenhauer, Juristenausbildung – Geschichte und Probleme, Juß 1989, S. 513 ff. Eingehend zur Herausbildung der preußischen Zweiphasenausbildung Elbert, Normie-
während festhaltenden deutschen Ausbildung haben in erster Linie die großen politischen Impulse unseres Jahrhunderts bewirkt. Als Ausgangspunkte bedeutender Veränderungen sind die Systemwechsel zum nationalsozialistischen Staat und zur DDR, aber auch die mit dem Jahr 1968 verbundenen Wandlungen in der alten Bundesrepublik zu nennen.

Nachfolgend soll die Umgestaltung der universitären Juristenausbildung zur Zeit des Nationalsozialismus untersucht und ein Ausblick auf die Nachkriegszeit im geteilten Deutschland gegeben werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die 1933 eingeführte, maßgeblich von dem damaligen Referenten im Reichserziehungsnachrichten Karl August Eckhardt initierte juristische Studienordnung und ihre Auswirkungen auf die bürgerlich-rechtlichen Vorlesungen.

Das bürgerliche Recht, das lange Zeit als wenig politisch beeinflusst galt,6 verdient besondere Aufmerksamkeit, da es in einem modernen, auf umfassendem wirtschaftlichen Austausch aufgebauten Staatswesen an keinem anderen Punkt so schwierig ist wie hier, eine vorhandene Rechtsordnung auf dem Wege der Gesetzgebung den Maximen einer neuen Weltanschauung zu unterwerfen. Mehr als in anderen Rechtsgebieten erfordert die Komplexität der Privatrechtsordnung und vor allem die immense Bedeutung ihrer Funktionstüchtigkeit im Rechtsalltag ein Höchstmaß gesetzgeberischer Sensibilität. Ein nationalsozialistisches »Volksgesetzbuch« trat nicht an die Stelle des BGB. Umso interessanter ist die Frage, ob sich eine politische Einflussnahme über die Ausbildung der Rechtsanwender nachweisen lässt. Die Antwort lautet ja.

Widerlegt wird damit eine These des bedeutenden Privatrechtshistorikers Franz Wiescker, wonach die 1933 eingeführte juristische Studienordnung speziell in ihrer Einflussnahme und Neupostenierung des bürgerlichen Rechts »in ihrem Inhalt ironisch wesentlich nicht politisch motiviert«,6 von politischen Verzerrungen kaum beeinflusst«, ein »ernsthafter und der Erwägung wert der Versuch, den Rechtsunterricht aus den traditionellen Bahnen herauszuführen« gewesen sei. Demgegenüber hat Karl Kroeschell Zweifel geäußert. Zustimmend greift er die 1941 von Heinrich Lange vertretene Ansicht auf, wonach die Eckhardtsche Studienordnung...
»mit Recht von den Zeitgenossen als «scharfste Kampfansage gegen die Technik, den Umfang und die Bedeutung des Bürgerlichen Rechts und des Bürgerlichen Gesetzbuches» aufgefasst« worden sei.  
Über die Widerlegung der These Wiegandts hinaus sollen bisher unbeachtet gebliebene Zusammenhänge zwischen Juristenausbildung und Privatrechtsverständnis aufgezeigt werden. Es zeigt sich

- erstens, dass die Studienordnung von 1935 sehr wohl mit einer konkreten politischen Zielsetzung verknüpft war, dass sie gerade aus diesem Grund bei den Zeitgenossen sehr umstritten war, und dass dieser Streit von so erheblicher Bedeutung war, dass er bis zu den bestehenden Entscheidungsträgern in Partei und Staat ausstrahlte;

- zweitens, dass die mit der Studienordnung verfolgten Ziele bewusst auf eine Langzeitwirkung ausgerichtet waren, die sich auch in der Ausbildungspraxis manifestiert hat und somit in ihrer Bedeutung auch für die Rechtsgeschichte des geteilten Nachkriegsdeutschlands nicht unterschätzt werden darf.

II. Ein Ausbildungsprogramm für den »Rechtswahrer«


11 RGG. I, S. 717 vom 22. 7. 1934.


13 Nebben (Fn. 3), S. 504.
III. Gemeinschaft statt Individuum – Neue Studieninhalte im Privatrecht


16 Eckhardt (Fn. 15), S. 7 = DJZ. 1945, Sp. 167.
zusammenhängs, der Gemeinschaft. Als Konsequenz konnte auf dieser Grundlage darüber spekuliert werden, ob an Stelle der die Rechtsfähigkeit jedes Menschen aussprechenden § 1 BGB an die Spitze der Rechtsordnung folgender Satz gestellt werden sollte:

»Rechtsgenese ist nur, wer Volksgenose ist; Volksgenose ist, wer deutschen Blutes ist.«


»Die Studienorderung von 1935 löst diese Aufgaben so, dass sie das erste Semester ... eine Vorlesung über die »Familie« stellt, in der diese als eine eigentümliche Lebensordnung, die auf dem Blutzusammenhang und dem Gemeinschaftsgedanken beruht, dargestellt wird. Diese Vorlesung nimmt auch das Recht der Persönlichkeit in sich auf. Dabei wird nicht wie bisher in der Vorlesung über den Allgemeinen Teil von der abstrakten Person, dem Menschen überhaupt, sondern von der Persönlichkeit ausgegangen, die durch ihre Geburt ihrem Volke und weiterhin einer bestimmten Familie angehört und damit von vornherein Gemeinschaftsgeist ist.«


19 »Kieler Stellungnahme« (Fn. 18), S. 356.
21 »Kieler Stellungnahme« (Fn. 18), S. 357 – Zur Abgrenzung des neuen Systems nach außen diente der dem Gemeinschaftsgedanken quasi als Spiegelbild gegenüberstehende »Rassengedanke«. Ein ganzes Block von Vorlesungen der ersten beiden Semester war durch die Studienordnung der Betonung dieser Gedanken und damit der verstärkten Vermittlung des neuen Systems gewidmet (»Deutsches Recht«, »Volk und Staat«, »Volk und Recht«, »Volkssprache«, »Stippenforschung«).


### IV. Zwischen »Stoßtruppffakultät« und Provinz – Mosaiksteine zur Ausbildungspraxis


---

\(^{23}\) Lorenz, Vertrag und Unrecht, Bd. 1, Hamburg 1936, S. 31.

\(^{24}\) Im Einzelnen Prunck (Fn. 127), S. 31 ff.


Kieler Juristenfakultät war am konsequentesten nach den Vorstellungen der Nationalsozialisten umgeformt worden.\(^7\)
Deutlicher als in den Publikationen der Zeit wurde hier die Zielrichtung der Studienordnung auf das dem BGB zugrunde liegende Axiom der Privatautonomie hervorgehoben, an dessen Stelle ein »Gemeinschaftsgedanke,« eine »volkische Ordnung« die Basis einer neuen Privatrechtsordnung bilden sollten. Auch die oben skizzierte besondere Bedeutung, die gerade den neuen Anfängervorlesungen »Familie« und »Vertrag und Unrecht« bei der Umsetzung dieser Aufgabe zukommen sollte, wurde ausdrücklich betont. Man war bewusst, mit der Ablass der Studienordnung von 1933 eine »Triumphkarte« ausgespielt zu haben, die schnell, gezielt und dauerhaft auch ohne eine einzige Gesetzeveränderung wirken konnte:

»So wie heute der Student das Recht ansehen lernt, so sieht es in 10 Jahren der deutsche Rechtswahrer!«\(^11\)

Wie ernst diese Aufgabe im Vorlesungsbetrieb genommen wurde, lässt sich anhand der Frage untersuchen, wer die für die Umsetzung der Studienreformziele besonders wichtigen Anfängervorlesungen »Familie« und »Vertrag und Unrecht« abhielt. Zu fragen wäre, ob wirklich eine der Zielen der Studienordnung gemäß inhaltliche Neuordnung des bürgerlichen Rechts vorgenommen wurde, oder ob unter neuem Titel schlicht weiterhin die alten Skripten gelesen wurden. Eine starke Wirkung der Studienordnung ist dort zu vermuten, wo diese Vorlesungen von Professoren gehalten wurden, die sich in den Studienreformzielen konform geäußert hatten. Weniger starke Wirkung wird dann zu vermuten sein, wenn für die Lehrenden keine entsprechenden Anhaltspunkte feststellbar sind oder wenn nach alter Tradition den jeweils jüngsten Fakultätsangehörigen die Anfängervorlesungen zugewiesen wurden.

In Kiel wurden »Vertrag und Unrecht« und »Familie« von ihrer Einführung im Sommersemester 1935 bis 1945 fast durchgängig von einem Ordinarius gelehrt, der dem Ziel der Studienordnung aufs engste verhaftet war, dem bedeutenden Privatrechtsdogmatiker Karl Larenz.\(^3\) Larenz, der 1933 im Rahmen der umfassenden

\(^8\) Im Sommersemester 1934 (Nohlau (Fn. 1), S. 501).
\(^9\) S. 6, Fn. 8.
\(^11\) »Kiefer Stellungnahme« (Fn. 18), S. 596 (Hervorhebung im Original durch Unterstreichen).
\(^12\) Karl Larenz, 23.4.1903 in Wesel, † 24.1.1993; Bürgerliches Recht und Rechtsphilosophie; PDoz. 1929 in

Für die ausgewiesene «Stülpnagelfakultät» Kiel ist dieses Ergebnis nicht sehr überraschend. Interessanter ist demgegenüber die Erforschung der Unterrichtssituation an weniger exponierten Universitäten des Reiches. Exemplarisch wurden die preußischen Provinzfakultät in Halle an der Saale und Tübingen als typische Vertreterin der süddeutschen Fakultäten zum Vergleich herangezogen, für die sich eine recht deutlich abgestufte Umsetzungsintensität vermuten lässt:


31 S. o. Eckart (Fn. 26).
37 — 11.2. Februar 1899 in Spandau.


Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass nicht nur an einer nationalsozialistischen »Stosstruppfakultät«, die Basis für eine praktische Umsetzung der mit der Studienordnung verfolgten Ziele gegeben war. Die einzelnen Fakultäten sind hier zwar differenziert zu beurteilen, der angestrebte dauerhafte Einfluss auf die nachfolgende Juristengeneration Deutschlands ist jedoch kein abstrakter Programmsatz geblieben.

V. Ausblick und Schluss

Bezeichnend für die immensere Bedeutung, die der Juristenausbildung und insbesondere der Eckhardtschen Studienordnung im nationalsozialistischen Staat zugemessen wurde, ist, dass die Reformdiskussion trotz zunehmender Kriegseinwirkungen auch in den 40er Jahren nicht nachließ, sondern eher verstärkt geführt wurde. Durchschnittlich zweimal im Jahr trafen sich die Fakultätsvertreter des Reiches unter dem Vorsitz des damaligen Berliner Dexans und ehemaligen »Halleners« und »Kieler«

43 Hervorgehoben sei hier nur die sehr ausgeschriebene Bezension Eißers zu Karl Lorenz’ Grundriss Vertrag und Unrecht, aP 143 (1937), S. 110 ff.


Rechtswissenschaft und Juristenausbildung in der DDR sind im Gegensatz zur frühen Nachkriegszeit inzwischen weitgehend durch Publikationen erschlossen.** Doch auch und gerade für die »Alt-Bundesrepublik«, wo die »Rückkehr zum BGB« so offensichtlich scheint, lohnt es sich, die Kontinuitätsfrage zu stellen. Hier meint man, wie Rückkehrers treffend ausgedrückt hat, »...in der Tat mehr zu wissen, als man wirklich weiß.«* Neben den bekannten personellen Kontinuitäten konnte inzwischen auch manch inhaltliche Kontinuität in den Werken bedeutender Privatrechtsdogmatiker wie Heinrich Lange, Karl Larenz oder in dem bedeutenden Privatrechtslehrbuch von Ennecken/Nipperdey nachgewiesen werden.* Als Anknüpfungspunkte für

47 Wolf (Fn. 8), Freist, Zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der juristischen Methodendiskussion nach 1945, in: Achard/Nem/Schefold (Hrsg.), Erkenntnissiegner, Erkenntnisver-

Helmut Kramer
Die Freiheit der richterlichen Meinungsausserung


Inzwischen wissen wir es: Was sie da in Druck gegeben hat, entsprach gar nicht der Überzeugung der Autorin. Auf einem Hearing der SPD-Bundestagsfraktion am 3.6. 2002 mit massiver Kritik konfrontiert, glaubte sie zu ihrer vermeintlichen Ehrenrettung ihre unkritische Darstellung wie folgt entschuldigen zu können:

48 Wiederc (Fn. 7).